

prozentigen Zuschlag, und das Buch ist 10 Prozent teurer, als der Verleger gewollt hat.

Ich glaube also, darüber kann gar kein Zweifel sein: die Freiheit und das Recht des Verlegers, den Verkaufspreis zu bestimmen, ist in der Notstandsordnung aufgehoben, und es liegt in der Natur der Sache, daß der Verleger, wenn er dieses schwerwiegende Zugeständnis ausschließlich mit Rücksicht auf den Notstand des Sortimenters macht, mit gutem Recht fordert, daß dieses Zugeständnis in dem Augenblick wieder erlöschen muß, wo der Notstand erlischt.

Nun ist es ja ganz richtig, wenn Herr Mitschmann sagt: Ja, der Notstand wird nicht sofort ein Jahr nach Friedensschluß erlöschen sein. Aber, meine Herren, die Verhältnisse werden sich dann doch vollständig geändert haben. Der Notstand, um den es sich jetzt handelt, ist der durch den Kriegszustand geschaffene, und wenn sich nach dem Frieden und in der Friedenswirtschaft ein anderer Notstand ergibt, so wird sich selbstverständlich die Hauptversammlung mit neuen Maßnahmen zu befassen haben, die diesem Notstand entsprechen. (Sehr richtig!) Ich bin aber vollständig der Überzeugung, daß alles, was wir heute beschließen können, ein Jahr nach Friedensschluß bereits zum alten Eisen gehört und daß wir eben neue Maßnahmen treffen müssen, weil dann Zustände herrschen, die wir heute auch nicht annähernd übersehen. (Sehr richtig!)

Deshalb glaube ich, meine Herren, daß Sie auch dieser Forderung durchaus zustimmen können. Ich bin über den Widerspruch des Herrn Mitschmann und vieler von Ihnen umso mehr erstaunt, als Sie zur Begründung des Widerspruchs sagen: Ja, das ist doch eine so kleine Frage, daß wir darüber die Einigkeit wirklich nicht in die Brüche gehen lassen wollen. Das rufe ich Ihnen zu, meine Herren! (Sehr gut! bei den Verlegern.) Wenn Sie die Sache wirklich für eine solche Kleinigkeit halten, dann lassen Sie es daran nicht scheitern, sondern kommen auch Sie dem Verlage so entgegen, wie er es wohl nach seinem heutigen Entgegenkommen beanspruchen darf. (Bravo! Sehr richtig!)

Vorsitzender: Ehe ich weiter das Wort erteile, möchte ich fragen, ob nicht vielleicht dafür Stimmung vorhanden wäre, daß man sagte: »spätestens zwei Jahre nach allgemeinem Friedensschluß«. (Widerspruch.) — Ich will es nur einmal als Anregung in die Diskussion werfen, ohne einen Antrag zu stellen.

Herr von Zahn hat das Wort.

Herr Hofrat Robert von Zahn (Dresden): Meine Herren! Schon heute morgen habe ich in der Gildeversammlung meiner großen Freude darüber Ausdruck gegeben, daß diese Notstandsordnung wie ein Blitz zwischen unendliche Wolken gefahren ist und uns wieder einen Ausblick auf hellen Himmel verschafft hat. Um so betrübter bin ich gewesen, daß nun von allen Seiten wieder kleinliche Bedenken geltend gemacht werden (Sehr richtig!), statt daß man sich freut, daß endlich etwas erreicht und ein Ausweg gefunden ist. Lassen wir doch alle kleinlichen Interessen beiseite, die hier gar nicht in Frage kommen, sondern denken wir nur an die eine große Frage, wie wir aus diesem Chaos wieder herauskommen, und nehmen wir also in Gottes Namen morgen die Notstandsordnung an. Kommen andere Zeiten, kommen andere Bestimmungen (Sehr richtig!), und dann wird die Zeit gekommen sein, das, was wir jetzt schaffen, wieder zu ändern. Aber das absolut Beste ist in dieser Welt nie zu erlangen; alles beruht auf Kompromissen, und diesen Kompromiß mit dem Verlegerverein, den wollen wir annehmen (Sehr richtig!), nur damit wir endlich zur Ruhe kommen und wieder gedeihliche Verhältnisse in unserm Berufe herbeiführen. Ich beobachte den Buchhandel nun schon seit 60 Jahren, kann also wohl sagen, daß ich verschiedene Zeiten erlebt habe; daß ich aber mein Leben unter solchen Verhältnissen und in solchen Schwierigkeiten beschließen würde, das würde mir stets als ein Ding der Unmöglichkeit erschienen sein. Nun, so hören Sie die Stimme eines alten Mannes, und gehen Sie morgen freudig daran, die Sache glatt und ohne weiteres anzunehmen. Wollen Sie denn zwischen jetzt, Sonnabend abend 7, und morgen um 11 noch alle diese einzelnen kleinen Bedenken durchsprechen und erledigen? Das ist doch unmöglich. Hier heißt es also: entweder

diesen Weg einschlagen oder nach Hause gehen und die alten Verhältnisse weiter fortschleppen (Sehr richtig!), und davor möchte ich Sie dringend bitten sich selbst und unsern teuren Buchhandel zu schützen, der noch nie in einer solchen Lage gewesen ist wie heute. Lassen Sie uns endlich wieder bessere Verhältnisse herbeiführen, wie ich sie früher erlebt habe, wo man von einem Widerspruch oder einem Gegensatz zwischen Verlegern und Sortimentern überhaupt keine Ahnung hatte. (Weiterkeit.) Also helfen Sie dazu; Sie werden es nicht bereuen. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Herr Kommerzienrat Artur Seemann (Leipzig): Meine Herren! Nach den vortrefflichen Worten des Herrn von Zahn hätte ich Ihnen nur noch ganz wenig zu sagen. Es liegt dem Vorstand außerordentlich viel daran, daß morgen eine einstimmige Annahme erfolgt, und ich möchte nochmals dringend bitten, wie es Herr von Zahn schon getan hat, die Bedenken zurückzustellen. Auch durch die Ehlermannsche Entschliekung ist ja die Stimme des Sortimenters keineswegs ausgeschlossen, und es wäre sehr töricht von seiten des Börsenvereins, wenn er bei dieser Sache das Sortiment nicht hören wollte, wenn es sich um Ausnahmen handelt, wie Bibliotheken, Feldbuchhandlungen und Schulbücher.

Was die Befristung anlangt, so halte ich sie nicht für einen Schönheitsfehler. Sie wird den Behörden gegenüber einen gewissen Eindruck machen (Sehr richtig!); sie ist also ein Akzent auf unsere Notstandsordnung. Und wenn wirklich in drei Monaten der Friede — ich möchte einmal sagen — ausbräche (Weiterkeit), dann würden wir ja alle sehr glücklich sein, wenn wir unter uns dann nochmals über die Notstandsordnung debattieren könnten, sobald die Sorge von uns weggenommen ist. Ich halte die Befristung für gar nicht bedenklich; denn was auch geschehen mag, Sie haben immer wieder bei der nächsten Ostermesse die Gelegenheit, sich zu äußern.

Also, meine Herren, seien Sie einig. Es ist notwendig; denn wir kommen bei den Behörden nur durch, wenn wir sagen können: Der Gesamtbuchhandel ist einmütig für diese Notstandsordnung eingetreten.

Und dann möchte ich nur noch eins bemerken in bezug auf den allgemeinen Teuerungszuschlag, von dem Herr Kilpper gesprochen hat. Auf einen allgemeinen Teuerungszuschlag hat doch kein Autor einen Anspruch, und ich glaube, es ist sehr leicht, dem Autor klar zu machen, daß er keinen Anspruch darauf hat, weil der ja nur dem Verkäufer zukommt. Ich zweifle gar nicht daran, daß kein verständiger Mann — und Autoren pflegen ja, wie alle Leute, die viel Gedankenarbeit leisten, im allgemeinen sehr verständig zu sein — gegen diese Sache angehen wird.

Herr Albert Diederich (Pirna): Meine Herren! Als gestern in der gemeinschaftlichen Sitzung der Vorstände des Börsenvereins, des Verlegervereins und der Gilde dieser Entwurf des Herrn Schumann vorgelegt wurde — für den ich übrigens an dieser Stelle Herrn Schumann im Namen des Sortimenters ganz besonders danken möchte (Sehr richtig), denn es ist für uns Sortimentern besonders erfreulich, daß dieser Antrag, wie er hier vorliegt, von einem Verleger kommt, und zwar von einem Verleger, der uns noch vor kurzer Zeit in dieser Hinsicht schroff gegenübergestanden hat —, da wurde ihm ein Entwurf Mitschmann gegenübergestellt, der schon in seiner Überschrift von dem Entwurf des Verlegervereins abwich. Die Überschrift des Entwurfs Mitschmann lautete nämlich nicht »Notstandsordnung«, sondern »Kriegsnotstandsordnung«, und da war es Herr Geheimrat Siegmund, der sagte: »Aber um Himmels willen, streichen Sie doch dieses »Kriegs-« heraus, wir wollen doch ja bei der Überschrift Schumann bleiben; denn es ist doch ganz klar, daß durch Beendigung des Krieges niemals dieser Notstand aufgehoben sein wird.« Und ich möchte fragen, ob wohl einer der Herren hier im Saale glaubt, daß dieser Notstand ein Jahr nach Friedensschluß aufgehoben sein wird. Ich glaube, das tut kein einziger unter uns.

Also es ist doch ein Unding, wenn wir etwas in unsere Notstandsordnung hineinnehmen, von dem wir schon heute alle überzeugt sind, daß es gar nicht durchzuführen ist. Wir wissen alle ganz genau, daß es unmöglich ist, diese Bestimmungen schon ein